

Nachrichten für Naunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Deucha, Borsdorf, Cicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinleinberg, Klinge, Köhler, Lindhardt, Pompos, Staaditz, Throna usw.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 3.—, 1/2 jährlich Mk. 9.—, durch die Post bezogen einschließlich der Postgebühren Mk. 9.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6spaltige Korpuszeile 60 Pfg., auswärts 75 Pfg., 10spaltige Zeile Mk. 1.20, Nekrologzeile Mk. 1.20. Beleggebühren pro Nummer Mk. 2.—. Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, gebräuchlicher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Kautions entgegen. — Belegungen werden von den Ausrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Verzucht: Amt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Güntz & Sule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 44

Freitag, den 15. April 1921

32. Jahrgang

Amthliches.

Unterhaltungsgenossenschaft für die Parthe.

Mittwoch, den 27. April 1921 nachmittags 4 Uhr, findet im Saale des „Goldenen Löwen“ in Grimma eine Genossenschaftsversammlung statt.

Tagesordnung:

1. Vortrag und Rechnungslegung der Rechnung auf das Jahr 1920.
 2. Wahl zweier Rechnungsprüfer für das Jahr 1921.
 3. Bestimmung der im Jahre 1921 auszuführenden Unterhaltungsarbeiten.
 4. Genehmigung des Haushaltsplanes auf das Jahr 1921.
 5. Geschäftliche Mitteilungen.
- Die Mitglieder der Unterhaltungsgenossenschaft werden hierzu ergebenst eingeladen.
Grimma, am 14. April 1921. Der Vorstand.

Ein Ausweg?

Der neue amerikanische Kongress ist zusammengesetzt und vom Präsidenten Harding mit der Spannungsvoll erwarteten Botschaft eröffnet worden. Vorausgeschickt wird ihr, angeblich „von maßgebender Seite“, eine Reihe von Richtlinien, die die Politik der Vereinigten Staaten zu verfolgen sich anschicken werde.

Wir finden darin die unvermeidliche Verbeugung vor Frankreich und Belgien, den Opfern des Weltkrieges: die Regierung der Vereinigten Staaten werde ihren ganzen Einfluß aufzubringen, um Deutschland dazu zu bewegen, innerhalb seiner Fähigkeit Selbstzahlungen zu leisten und für die Schäden aufzukommen, die der Krieg Frankreich und Belgien zugefügt hat. Innerhalb seiner Fähigkeit „singt ganz gut und entspricht ja vollständig unseren eigenen Bereitschaftserklärungen — fragt sich nur, wer diese Grenzen bestimmen soll. Alles, was wir an Sachverständigen auf diesem Gebiete aufbringen konnten, war und ist sich darüber einig, daß die französischen Forderungen auch unsere angestrengtesten Kräfte maßlos übersteigen, während die Franzosen unsere auf den Marktbränden und gewisshaftesten Gutachten aufgebauten Angebote als eine — wie hieß es damals? — „Perau-forderung“ empfanden. Also „Sanktionen“ und immer wieder „Sanktionen“. Aber die amerikanische Regierung scheint diesen Weg denn doch nicht gutheißen zu wollen. Denn ihre Richtlinien sprechen sich an zweiter Stelle gegen die Absicht aus, Deutschland auszubenten; richtiger wäre es vielmehr, wenn Frankreich seine Hilfe zur Entwicklung der deutschen industriellen Hilfsquellen leisten wollte, womit ein Schritt vorwärts zur Festigung der wirtschaftlichen Lage der ganzen Welt getan würde. Das könnten wir uns schon eher gefallen lassen, wir würden sogar schon zufrieden sein, wenn Frankreich unsere industriellen Hilfsquellen, ohne sie seinerseits z. B. durch Lieferung von Rohstoffen zu fördern, nur ungestört arbeiten ließe, statt sie fort und fort zu beunruhigen und zu verkürzen. Aber weiter: die amerikanische Regierung, so fahren die Richtlinien fort, würden alle Angriffsmöglichkeiten, die nur den Imperialismus begünstigen und wahrscheinlich dauernden Hassendebak sowie internationale Streitigkeiten zur Folge haben würden, als unrat-sam verworfen. Und sie verfolgt — jetzt kommt die Hauptsache — voller Beunruhigung die derzeitigen Maßnahmen des Krieges, aus denen sich unzweifelhaft die Tatsache ergibt, daß im Augenblick nirgendwo in der ganzen Welt ein unparteilicher Gerichtshof besteht, dem die strittigen Fragen zum Zweck eines Schieds-spruchs unterbreitet werden könnten. Und schließlich kommt die Versicherung, daß die Vereinigten Staaten keines ihrer Rechte aufzugeben beabsichtigten, die ihnen als einflussreichen Teilnehmer am Weltkrieg zusteht.

Ein unparteilicher Gerichtshof — könnte damit nicht endlich das erlösende Wort gesprochen sein, das uns herauszuführen vermöchte aus unserer Qual? Wie oft hat nicht schon die deutsche Regierung, in wichtigen wie in weniger wichtigen Fragen, die Einsetzung eines unparteilichen Schiedsgerichtes ge-wollt, hat sie sogar in aller Form beantragt und sich für ihre Person von vornherein jedem Spruch unterworfen, der nach gebotener Anhörung auch ihrer Gründe von einer solchen Instanz gefällt werden würde. Sie ist häufig nicht einmal einer Antwort gewürdigt worden. In jedem Falle, er mochte nebensächlicher Art sein oder bis an die Wurzeln unserer Existenz, bis an die Grundlagen des Zusammenlebens der Völker heran-reichen, nahm die Entente mit ihrer Vorkostenkonferenz und ihrem Obersten Rat, nahm also die eine Partei auch für sich die Befugnisse, die Legitimation und die Voll-gewalt eines höchsten Richterkollegiums in Anspruch — ein ganz ungeheuerliches Verfahren, das allenfalls im Kriegszustande gebildet werden muß, weil während seiner Dauer ja Rücksichten des Rechtes und der Gerechtigkeit von Macht und Gewalt zur Seite geschoben werden, das aber jetzt, im dritten Jahre nach der Waffenstreckung Deutsch-lands, immer noch mit steigender Rücksichtslosigkeit an-dewendet, jede Möglichkeit eines friedlichen Zusammenwir-

kens der Nationen bis auf den letzten Rest zerstören muß. Sollte wirklich in Amerika nunmehr die Erkenntnis auf-dämmern, daß in diesem Punkte der tiefste Grund unseres Elends getroffen wird? Sollte Herr Harding nicht nur das Wort, sondern auch die Energie aufbringen, um von der gewonnenen Einsicht aus zu den unerlässlichen Folgerungen fortzuschreiten? Er weiß ebenso gut wie wir, daß die Franzosen niemals empfindlicher sind, als wenn ihnen angefallen wird, sich in ihrem Verhältnis zu Deutschland, mit ihren willkürlichen Auslegungen des Ver-sailler Friedensvertrages, mit ihren Sanktions- und Dis-tanzgebühren dem Schiedsgericht einer außerfranzösischen Instanz zu unterstellen. Und vom 1. Mai, mit welchem Tage sie aus dem verschleierten Kriegszustand in denjenigen der offenen Gewalt gegen uns hinausträten wollen, trennen und nur noch vierzehn Tage. Wird, kann die amerika-nische Regierung bis dahin noch etwas tun, um ihren „Richtlinien“ zu einem mehr als papierernen Dasein zu verhelfen?

Von dieser Schicksalsfrage hängt mehr als nur Deutschlands Leben und Sterben ab. Vielleicht öffnet sich im letzten Augenblick noch ein Ausweg, der Rettung bringen kann, Rettung für das unglückliche Europa, das unter fortwährender Bahnsinnherrschaft des französischen Chau-vinismus unschlagbar zugrunde gehen muß.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Strafrichter gegen die religionslose Schule.

33 Kölner Strafrichter, Jugendrichter und Vormund-schaftsrichter senden der Kölner Presse folgende Er-klärung zu. In der sie sich gegen die Einrichtung religions-loser Schulen in Köln, die in der letzten Stadterordnungs-sitzung beschlossen wurde, wenden: „Gerade in der heu-tigen Zeit, wo die Verrohung und Verwilderung der Jugend das höchste Maß erreicht hat und die Kriminalität der Jugend einen erschreckenden Umfang aufweist, ist es notwendig, die Jugend, die Trägerin der Zukunft des deutschen Volkes, zur Autorität und zum Recht zu erziehen. Die Erfahrung lehrt, daß eine solche Erziehung nur an Hand des Sittengesetzes und der religiösen Wahrheiten möglich ist. Eine Schule, aufgebaut auf dem Ausschluß der Kinder von dem Religionsunterricht, wie er in den Schulen herkömmlich ist, bedeutet eine Gefahr für die Er-ziehung der Jugend und für den sittlichen Wiederaufbau des Vaterlandes. Die Einrichtung dieser Schulen verstößt gegen die Reichsverfassung.“

Entlassungen bei der Reichspost.

Die Reichspostverwaltung vermindert von Monat zu Monat die Zahl ihrer Hilfskräfte, wobei im weitesten Um-fange die wirtschaftlichen Verhältnisse der Beteiligten be-rücksichtigt werden. So ist geplant, von den etwa 80 000 noch beschäftigten Hilfskräften 30 000 in ein Beamtenver-hältnis überzuführen, da sie dauernd gebraucht werden, und die übrigen Hilfskräfte allmählich ganz abzubauen, um den Betrieb wieder finanziell rentabel zu machen.

Schutz für die Polizeibeamten.

Zugunsten der Schutzpolizeibeamten beantragt die Deutschnationale Volkspartei des preußischen Landtags, einen Entwurf vorzulegen, durch den die Pensionsan-sprüche und die Hinterbliebenenanprüche für die Polizei-beamten, namentlich bei Unfällen im Dienst, sichergestellt werden.

Hauptverfahren gegen „Kriegsverbrecher“.

Im englischen Unterhause erklärte der Generalkon-sultant auf Befragen, daß die Zeugenaussagen derjenigen Personen, die nicht in der Lage sind, sich zu dem Ver-fahren gegen die deutschen „Kriegsverbrecher“ nach Leipzig zu begeben, in London am 26. April beginnen werden. Der Oberreichsanwalt in Leipzig habe diesem Verfahren zugestimmt und habe mitgeteilt, daß die Hauptverfahren in Leipzig Ende Mai beginnen werden. Auf eine weitere Frage erklärte der Generalkonsultant, die Zwangsmaß-nahmen seien zu einem nicht geringen Teile wegen der Nichterfüllung der Verpflichtungen Deutschlands in der Frage der Bestrafung der „Kriegsverbrecher“ angewendet worden.

Ludendorffs Geburtstag.

General Ludendorff wurde zu seinem 57. Geburtstag eine Fülle von Glückwünschen aus dem ganzen Reiche zu-gesandt. Der Deutschnationale Jugendbund brachte ihm vor seiner Villa eine Huldigung und am Abend erschienen neuerlich etwa 500 Personen vor dem Landhause des Generals, um ihm ein Ständchen zu bringen. Ludendorff dankte für die ihn überströmende Huldigung, die er als Zeichen dafür nehme, daß man mit seiner Tätigkeit wäh-rend des Krieges einverstanden sei. Er habe sich stets bemüht, Deutschlands Größe zu erhalten. Ludendorff schloß: Wir können nur wieder hochkommen, wenn wir wieder einig werden und vor allem wieder Selbstgutz, Ordnung und Pflichttreue haben.

Simons und das Interwiew.

Von amtlicher Stelle wird festgestellt, daß der „Matin“-Berichterstatter das Manuskript seines Interviews mit dem Außenminister Dr. Simons dem Minister vor der Weiter-gabe nach Paris nicht vorgelegt hatte. Infolgedessen seien mehrere Äußerungen des Ministers entfallen wieder-

gegeben, vor allem habe Dr. Simons nicht gesagt: „Ich bin nicht gewillt, in einer Regierung zu bleiben, die nicht ihre Pflicht bis zur Grenze unserer Leistungsfähigkeit er-füllen wird“, sondern: „Ich würde nicht Mitglied einer anderen Regierung sein, die nicht bis zur äußersten Grenze unserer Leistungsfähigkeit ginge.“ Der wichtigste Inhalt der Erklärungen des Außenministers, vor allem der Passus, in dem Dr. Simons ein neues deutsches Angebot in Aus-sicht stellt, wird nicht bestritten. Im übrigen wird ange-fündigt, daß Dr. Simons schon in den nächsten Tagen Ge-legenheit nehmen wird, sich über die von ihm angekündig-ten neuen Vorschläge ausführlich zu erklären.

„Eberts unhaltbare Stellung“.

In einer öffentlichen Rede erklärte Scheidemann, die Stellung des Reichspräsidenten Ebert betrachte er als un-haltbar, da er eine ausschließlich nichtsozialistische Rege-rung mit seinem sozialdemokratischen Namen decken müsse. „Daß die Partei auf ihren früheren Vorstehenden Rücksicht nehmen muß, ist selbstverständlich. Aber diese Rücksich-tnahme muß da ihre Grenzen finden, wo die Interessen der Partei und des Volkes — für mich sind das identische In-teressen — gefährdet werden. Ich bin überzeugt, daß unsere Partei nicht daran denkt, den links von uns ope-rierenden Parteien und Gruppen das Weiterarbeiten zu erleichtern durch eine nicht absolut klare Politik.“

Frankreich.

× Der kümmerliche Wiederaufbau. Unter Führung ihres Vorsitzenden Louis Dubois hat die Interalliierte Reparationskommission das ehemalige Kampfgebiet im Departement Aisne besucht. Die Kommission besichtigte zunächst Soissons, dann Laon, die Kampfzonen am Damen-Berg, setzte ihren Weg dann über Craonne und Berry-au-Bac nach Reims fort und beendete die Besichtigungsbefrei schließlich in den Abzweigungen Flémes, Braine, Oulchy-le-Château und Château-Thierry. Den Blättern zufolge hat der noch immer chaotische Zustand des ehemaligen Kampf-gebietes und die nur sehr kümmerlichen Anfänge einer Wiederaufbauaktivität auf die Mitglieder der Repara-tionskommission tiefen Eindruck gemacht, die auch in zahl-reiche Ortschaften Gelegenheit nahm, die geschädigten Be-wohner zu sprechen und ihre sehr prekäre Lage durch eigen-lichen Augenschein kennen zu lernen.

Großbritannien.

× Kein Geheimabkommen mit Frankreich. Von amtlicher Londoner Stelle wird mitgeteilt, daß die im Ausland ver-breitete Meldung betreffend ein Geheimabkommen zwi-schen Frankreich und England vollkommen aus der Luft gegriffen sei. Während vollständige Übereinstimmung mit Frankreich ein wesentlicher Teil der englischen Politik bleibe, könne keine Rede von einem geheimen Protokoll sein, durch das sich Frankreich bereit erkläre, auf alle Interessen in Russland und gewissen Teilen von Ostafrika Verzicht zu leisten. Es bestehe keinerlei Abkommen dieser Art.

Türkei.

× Wiederaufnahme der türkischen Offensive. Die Tür-ken sind zu einer neuen Offensive geschritten. Sie richtet sich von Denizli gegen Sari Keri im oberen Meanderthal. Man ist noch ohne Nachricht über das Ergebnis des Vor-gehens, das augenscheinlich den rechten griechischen Flügel zu umgehen sucht. Die Türken scheinen in den letzten Tagen beträchtliche Verstärkungen zu haben, die aus zehn alten Divisionen bestehen, die sich im Kaukasus befan-den und durch den kürzlich erfolgten Abschluß des Abkom-mens zwischen Angora und Moskau frei wurden. Ein Teil dieser Truppen wurde auf dem Seewege nach In-terpoli gebracht.

Amerika.

× Campers gegen die gewerkschaftliche Internationale. Nach einer Meldung aus Washington hat der Vorsitzende der amerikanischen Gewerkschaften Samuel Campers dem Sekretär der gewerkschaftlichen Internationale, Cudegeest, mitgeteilt, es sei nunmehr unmöglich geworden, daß die amerikanischen Gewerkschaften noch an der Internationale teilnehmen. Das Ziel der amerikanischen Gewerkschaften sei immer gewesen und könne nur sein, eine Besserung der Lage der Arbeiter zu erstreben, während der politische Charakter der gewerkschaftlichen Internationale auf die Sozialisierung der Industrie und auf den Sturz der ameri-kanischen Regierung abziele. Das widerspreche den Interessen der amerikanischen Gewerkschaften.

Brasilien.

× Französische Aunahme. Als ein Beweis dafür, daß die Sympathien der Brasilianer den Deutschen er-halten geblieben sind, mag der freundliche Empfang gelten, den der deutsche Dampfer „Argentina“ wie in Buenos Aires so auch hier gehabt hat. Dagegen machen sich die Franzosen immer unbeliebter. So erstreckte sich die „Nevue Franco-Brasilienne“, den brasilianischen Präsidenten des-halb zu kritisieren, weil er den deutschen Gesandten mit denselben Ehrungen empfangen habe wie die anderen Diplomaten. Den meisten brasilianischen Zeitungen waren die Unverschämlichkeiten des französischen Blattes zu viel. Die weit verbreitete Zeitung „Correio da Manhã“ bemerkt dazu: „Nur ein ganz beschränkter Gesellschafts-kreis in der Verteidigung von Interessen, die niemals mit den unsrigen übereinstimmen, könnte in der Aufnahme, welche unsere Regierung dem Vertreter eines befreundeten Lan-

1921.
70 Pfg.
80
45
80-250
40
90-120
400
80-100
200
300
80
350-650
700
110

Engene!
ung müssen
rucke sind bei
Wie früheren
scheine sind

weg!
welch einfache
le.
Schleht 47.

ker“

rel,
ard,
und
von

unhof
t Ball.

ten
scheine
den bei
Sangefr. 8.

Landablah in
recheine

er
et.

rt.

ung er-
herzliche

Frau